

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 188. Ratssitzung vom 25. September 2013

4304. 2012/441

Motion von Marc Bourgeois (FDP) und Severin Pflüger (FDP) vom 28.11.2012: Rückerstattung der Einnahmen aus Parkgebühren, die über das Kostendeckungs- prinzip hinausgehen, an die Bevölkerung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

***Marc Bourgeois (FDP)** begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 3346/2012): Parkgebühren können als Lenkungsabgaben gesehen werden, dürften aber keinesfalls nebenher auch noch verkappte Steuererhöhungen darstellen: Der Staat hat mehr Mittel zur Verfügung, ohne mehr Aufgaben erfüllen zu müssen. Da die Wirkung von Lenkungsabgaben aber unsicher ist, kann damit auch die angestrebte effizientere Bewirtschaftung von Parkplätzen nicht gewährleistet werden. Der Stadtrat argumentiert weiter, es sei verwaltungsökonomisch nicht vertretbar, Einnahmen mit dem Giesskannenprinzip an die Bevölkerung auszuschütten im Wissen darum, dass diese Ausgaben später wieder über die allgemeinen Steuermittel beschafft werden müssten. Genau dafür sind Steuern aber da! Da immer mehr Lenkungsabgaben erhoben werden, ist es nötig, den Verbleib dieser Erträge zu thematisieren. Bisher versanden sie einfach in der Staatskasse, und dies ist nicht in unserem Sinn. Korrekter wäre da eher noch eine Steuererhöhung.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Der Motionär anerkennt stillschweigend, dass Benutzungsgebühren eine lenkende Wirkung haben dürfen und nicht dem Kostendeckungsprinzip unterliegen müssen. Die angesprochenen Gebühren beruhen z. T. auf Volksentscheiden aus jüngster Zeit. Änderungen zum jetzigen Zeitpunkt kämen einer Zwängerei gleich. Da nur der Teil, der über das Kostendeckungsprinzip hinausgeht, rückerstattet werden soll, rechtfertigt sich der Aufbau einer entsprechenden Bürokratie nicht. Es wäre absurd, wenn der Stadtrat diese Einkünfte nicht verteidigen würde. Ein Wegbruch dieser Finanzen müsste tatsächlich eine Steuererhöhung zur Folge haben.*

Weitere Wortmeldungen:

***Roger Liebi (SVP):** Der Vorstoss geht nicht in die richtige Richtung. Der Stadtrat darf über das Kostendeckungsprinzip hinausgehen. Die vorgeschlagene Umverteilung wäre nicht mehr kontrollierbar. Die SVP lehnt die Motion ab.*

***Dr. Davy Graf (SP):** Die FDP will erstens Steuern erhöhen und zweitens eine Umverteilung von oben nach unten. Der Vorstoss ist abzulehnen.*

2 / 2

Severin Pflüger (FDP): *Mit Zwängerei hat der Vorstoss nichts zu tun, uns geht es nicht um die Abschaffung der Parkgebühren, sondern um deren Verwendung. Dem Vorwurf der Umverteilung entgegne ich: Heute wird das Geld umverteilt, wir aber wollen, dass es zurückverteilt wird; an alle Bürger, die ihren Grund und Boden als Parkfläche zur Verfügung stellen.*

Martin Luchsinger (GLP): *Diese Vorstösse bringen ein Durcheinander und vermögen nichts zu bewirken. Die Diskussion über eine zweckgebundenerere Verwendung von Lenkungseinnahmen müsste auf anderem Weg geführt werden.*

Marc Bourgeois (FDP): *Über Lenkungsabgaben kann man streiten, aber da sie nun einmal ein Fakt sind, sollten sie am Ende lieber beim Bürger als beim Staat landen. Von einer Umverteilung kann nicht direkt die Rede sein, schliesslich würde jeder Bürger gleich viel erhalten.*

Die Motion wird mit 13 gegen 99 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat